HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

TEIL I

Nr. 58 **MITTWOCH, DEN 10. DEZEMBER** **1997**

Tag	Inhalt	Seite
2. 12. 1997	Verordnung über den Bebauungsplan Neuenfelde 11/Francop 6/Cranz 4	537
2. 12. 1997	Verordnung über die Grenzen der im Zusammenhang bebauten Ortsteile in Cranz, Neuenfelde und Francop	538
2. 12. 1997	Zweite Verordnung zur Änderung der Umweltgebührenordnung	540

Verordnung über den Bebauungsplan Neuenfelde 11/Francop 6/Cranz 4

Vom 2. Dezember 1997

Auf Grund von § 10 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 8. Dezember 1986 (Bundesgesetzblatt I Seite 2254), zuletzt geändert am 20. Dezember 1996 (Bundesgesetzblatt I Seiten 2049, 2076), in Verbindung mit § 3 Absatz 1 des Bauleitplanfeststellungsgesetzes in der Fassung vom 4. April 1978 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 89), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 492), wird verordnet:

§ 1

(1) Der Bebauungsplan Neuenfelde 11/Francop 6/Cranz 4 für die in der Anlage mit durchgehenden schwarzen Linien umgrenzten Geltungsbereiche zwischen der Landesgrenze Niedersachsen und der östlichen Stadtteilgrenze Francop (Bezirk Harburg, Ortsteile 720, 719, 721) wird festgestellt.

Das Gebiet wird wie folgt begrenzt:

– Bereiche in Cranz und Neuenfelde (Blätter 1 und 2 der Anlage), und zwar Flächen südlich Cranzer Elbdeich, beiderseits Estedeich, südlich und östlich Neuenfelder Fährdeich, östlich Urenfleet, beiderseits Nincoper Straße, beiderseits Marschkamper Deich, südlich und westlich Hasselwerder Straße, beiderseits Nincoper Deich,

– Bereich in Francop (Blatt 3 der Anlage), und zwar Flächen südlich Vierzigstücken, westlich und südlich Hohenwischer Straße.

(2) Die Begründung des Bebauungsplans wird beim Staatsarchiv zu kostenfreier Einsicht für jedermann niedergelegt.

(3) Es wird auf folgendes hingewiesen:

1. Die Begründung kann auch beim örtlich zuständigen Bezirksamt während der Dienststunden kostenfrei eingesehen werden. Soweit zusätzliche Abdrucke beim Bezirksamt vorhanden sind, können sie gegen Kostenerstattung erworben werden.

2. Wenn die in den §§ 39 und 42 des Baugesetzbuchs bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, kann ein Entschädigungsberechtigter Entschädigung verlangen. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, daß er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in Satz 1 be-

zeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

3. Unbeachtlich sind

   a) eine Verletzung der in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 und 2 des Baugesetzbuchs bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und

   b) Mängel der Abwägung,

   wenn sie nicht in den Fällen des Buchstabens a innerhalb eines Jahres, in den Fällen des Buchstabens b innerhalb von sieben Jahren seit dem Inkrafttreten des Bebauungsplans schriftlich gegenüber dem örtlich zuständigen Bezirksamt geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

§ 2

Für das Plangebiet werden die bisher bestehenden Bebauungspläne aufgehoben.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 2. Dezember 1997.

Verordnung über die Grenzen der im Zusammenhang bebauten Ortsteile in Cranz, Neuenfelde und Francop

Vom 2. Dezember 1997

Auf Grund von § 34 Absatz 4 Satz 1 Nummern 1, 2 und 3 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 8. Dezember 1986 (Bundesgesetzblatt I Seite 2254), zuletzt geändert am 20. Dezember 1996 (Bundesgesetzblatt I Seiten 2049, 2076), in Verbindung mit § 4 des Bauleitplanfeststellungsgesetzes in der Fassung vom 4. April 1978 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 89), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 492), sowie des § 81 Absatz 1 Nummer 6 der Hamburgischen Bauordnung vom 1. Juli 1986 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 183), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 492), wird verordnet:

§ 1

(1) Die Grenzen der im Zusammenhang bebauten Ortsteile in Cranz, Neuenfelde und Francop (Bezirk Harburg, Ortsteile 721, 720 und 719) ergeben sich aus den Lageplänen Blätter 1 bis 6.

Das Gebiet wird wie folgt begrenzt:

– Bereiche in Cranz und Neuenfelde: Flächen südlich Cranzer Elbdeich, beiderseits Estedeich, südlich und östlich Neuenfelder Fährdeich, östlich Urenfleet, beiderseits Nincoper Straße, beiderseits Marschkamper Deich, südlich und westlich Hasselwerder Straße, beiderseits Nincoper Deich,

– Bereich in Francop: Flächen südlich Vierzigstücken, westlich und südlich Hohenwischer Straße.

(2) Die maßgeblichen Stücke der Lagepläne Blätter 1 bis 6 und die ihnen beigegebene Begründung werden beim Staatsarchiv zur kostenfreien Einsicht für jedermann niedergelegt.

(3) Es wird auf folgendes hingewiesen:

1. Abdrucke der Lagepläne und der Begründung können beim örtlich zuständigen Bezirksamt während der Dienststunden kostenfrei eingesehen werden. Soweit zusätzliche Abdrucke beim Bezirksamt vorhanden sind, können sie gegen Kostenerstattung erworben werden.

2. Wenn die in den §§ 40 bis 42 des Baugesetzbuchs bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, kann ein Entschädigungsberechtigter Entschädigung verlangen. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, daß er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in Satz 1 bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

3. Unbeachtlich sind

   a) eine Verletzung der in § 34 Absatz 5 Satz 1 des Baugesetzbuchs bezeichneten Verfahrensvorschrift und

   b) Mängel der Abwägung,

   wenn sie nicht in dem Fall des Buchstabens a innerhalb eines Jahres, in den Fällen des Buchstabens b innerhalb von sieben Jahren seit dem Inkrafttreten der Verordnung schriftlich gegenüber dem örtlich zuständigen Bezirksamt geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

§ 2

Für die Ausführung der Verordnung gelten nachstehende Vorschriften:

1. Auf den als „Flächen mit besonderen Festsetzungen“ (Lagepläne Blätter 1 bis 6) bezeichneten Flächen ist jegliche Bebauung unzulässig. Ausgenommen hiervon sind offene Stellplätze ohne Schutzdach.

2. Bei der Errichtung von Wohngebäuden sind nur Einzel- und Doppelhäuser mit nicht mehr als zwei Wohnungen je Gebäude zulässig.

3. Wohngebäude sind giebelständig zur öffentlichen Straßenverkehrsfläche auszuführen.

4. Bei eingeschossigen Wohngebäuden sind Dächer als Satteldächer mit einer Neigung von 40 bis 50 Grad, bei Wohngebäuden mit zwei und mehr Vollgeschossen von höchstens 25 Grad auszuführen. Bei Anbauten sind abweichende Dachausführungen zulässig, wenn deren Form und Neigung auf das Hauptgebäude abgestimmt sind.

5. Für Fassaden von Wohngebäuden ist rotes Ziegelmauerwerk zu verwenden. Fachwerkgebäude sowie verputzte Fassaden sind zulässig, wenn sie sich in Farbe und Struktur in die unmittelbare Nachbarschaft einfügen. Vorhandene Fachwerkfassaden dürfen in ihrem Gesamteindruck nicht beeinträchtigt werden.

6. Vorhandene Vegetation bis zu einem Abstand von mindestens 5 Metern entlang der Ufer von Bracks, Wettern und dem Freerengraben, und mindestens 3 Metern entlang der Ufer von sonstigen offenen Oberflächengewässern ist zu erhalten; dies gilt nicht, soweit die Unterhaltung oder der Ausbau eines Gewässers die Beseitigung vorhandener Vegetation erforderlich machen. Bauliche Anlagen, Nebenanlagen nach § 14 der Baunutzungsverordnung in der Fassung vom 23. Januar 1990 (Bundesgesetzblatt I Seite 133), zuletzt geändert am 22. April 1993 (Bundesgesetzblatt I Seiten 466, 479), sowie Stellplätze und Garagen sind in dem vorgenannten Bereich unzulässig.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 2. Dezember 1997.

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 538)

Zweite Verordnung zur Änderung der Umweltgebührenordnung

Vom 2. Dezember 1997

Auf Grund der §§ 2, 10 und 18 des Gebührengesetzes vom 5. März 1986 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 37), zuletzt geändert am 5. Dezember 1995 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 392), wird verordnet:

§ 1

Die Umweltgebührenordnung vom 5. Dezember 1995 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 365), zuletzt geändert am 3. Dezember 1996 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 288), wird wie folgt geändert:

1. In § 5 Satz 1 wird hinter der Bezeichnung „§§ 4, 8 und 16“ die Textstelle „sowie bei Zulassungen des vorzeitigen Beginns nach § 8 a“ eingefügt.

2. In § 6 wird folgender Satz 3 angefügt:

   „Soweit im Zusammenhang mit der Erhebung von Gebühren nach Zeitaufwand Kopierkosten entstehen, werden diese zusätzlich nach der Anlage des Gebührengesetzes erhoben.“

3. § 13 wird wie folgt geändert:

3.1 In Nummer 5 wird hinter dem Wort „Fassung“ der Punkt durch ein Komma ersetzt.

3.2 Hinter Nummer 5 wird folgende Nummer 6 angefügt:

   „6. die Genehmigung von Ausnahmen nach § 2 Absatz 2 der Verordnung über das Wasserschutzgebiet Curslack/Altengamme vom 10. Juni 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 236) von den Verboten nach § 3 Nummer 7 und § 4 Nummer 2 für die Überquerung der vorhandenen nicht-öffentlichen Überwegungen über das Fassungsgelände zu landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Zwecken.“

4. Die Anlage 1 wird wie folgt geändert:

4.1 In den nachstehend genannten Nummern treten an die Stelle der bisherigen Gebührensätze die folgenden neuen Gebührensätze:

Nummer 1.1.1	45,3 vom Tausend (v. T.) der Herstellungskosten mindestens 600,—
Nummer 1.1.2	4 600,— zuzüglich 21,2 v. T. der 100 000 DM übersteigenden Herstellungskosten
Nummer 1.1.3	13 100,— zuzüglich 11,7 v. T. der 500 000 DM übersteigenden Herstellungskosten
Nummer 1.1.4	19 000,— zuzüglich 10,9 v. T. der 1 000 000 DM übersteigenden Herstellungskosten
Nummer 1.1.5	63 000,— zuzüglich 5 v. T. der 5 000 000 DM übersteigenden Herstellungskosten
Nummer 1.1.6	88 500,— zuzüglich 4,6 v. T. der 10 000 000 DM übersteigenden Herstellungskosten
Nummer 1.1.7	510 000,— zuzüglich 1 v. T. der 100 000 000 DM übersteigenden Herstellungskosten
Nummer 1.2.1	540,— bis 128 000,—
Nummer 1.2.3	650,— bis 27 000,—
Nummer 1.2.4.1	330,— bis zu 30 vom Hundert (v. H.) der Gebühren nach den Nummern 1.1 bis 1.2.2
Nummer 1.2.4.2	650,— bis zu 30 v. H. der Gebühren nach den Nummern 1.1 bis 1.2.2
Nummer 1.2.5	130,— bis 960,—
Nummer 1.2.8	130,— bis 960,—
Nummer 1.2.12	130,— bis 430,—
Nummer 1.3.1	160,— bis 12 800,—
Nummer 1.3.2	400,— bis 4 000,—
Nummer 1.3.3	400,— bis 4 000,—
Nummer 1.3.4	330,—
Nummer 1.3.5	330,—
Nummer 1.3.6	210,— bis 12 800,—

Nummer 1.3.7		210,—
	bis	4 000,—
Nummer 1.3.8.1		
erster Gebührenrahmen		860,—
	bis	9 600,—
zweiter Gebührenrahmen		210,—
	bis	2 100,—
Nummer 1.3.8.2		
erster Gebührenrahmen		590,—
	bis	3 600,—
zweiter Gebührenrahmen		130,—
	bis	1 200,—
Nummer 1.3.11		195,—
Nummer 1.3.12.1		85,—
	bis	430,—
Nummer 1.3.15		295,—
Nummer 1.3.16		295,—
Nummer 1.3.17		295,—
Nummer 1.3.18		620,—
Nummer 1.3.19		150,—
Nummer 1.3.20		460,—
Nummer 1.3.21		310,—
Nummer 1.3.22		310,—
Nummer 1.3.23		310,—
Nummer 1.3.24		330,—
	bis	12 800,—
Nummer 1.3.25		300,—
	bis	2 900,—
Nummer 1.3.26		130,—
Nummer 1.3.27		130,—
	bis	640,—

4.2 Hinter Nummer 1.3.27 wird folgende Nummer 1.3.28 angefügt:

„1.3.28 Fahrkostenpauschale je Einsatz . 40,—“.

4.3 In den nachstehend genannten Nummern treten an die Stelle der bisherigen Gebührensätze die folgenden neuen Gebührensätze:

Nummer 2.2.2		2 000,—
	bis	100 000,—
Nummer 2.2.3		2 000,—
	bis	100 000,—
Nummer 2.2.5		2 000,—
	bis	100 000,—
Nummer 2.2.24		500,—
	bis	80 000,—
Nummer 2.2.26		5 000,—
	bis	100 000,—
Nummer 2.2.27		1 000,—
Nummer 2.2.28		5 000,—
	bis	20 000,—

4.4 In Nummer 2.2.29 werden hinter dem Wort „Entsorgergemeinschaftenrichtlinie“ die Wörter „je Mitgliedsbetrieb“ eingefügt und der Gebührensatz „100,— bis 20 000,—“ durch den Gebührensatz „1 000,—“ ersetzt.

4.5 In den nachstehend genannten Nummern treten an die Stelle der bisherigen Gebührensätze die folgenden neuen Gebührensätze:

Nummer 2.2.31		500,—
	bis	1 200,—
Nummer 2.2.32		200,—
	bis	600,—

4.6 In Nummer 2.2.39 werden hinter der Textstelle „(Bundesgesetzblatt I Seite 1382)“ die Wörter „je verantwortliche Erklärung“ eingefügt.

4.7 In Nummer 2.2.40 werden hinter der Textstelle „§ 5 Absatz 2 NachwV“ die Wörter „je verantwortliche Erklärung“ eingefügt.

4.8 Hinter Nummer 2.2.50 werden folgende Nummern 2.2.51 und 2.2.52 angefügt:

„2.2.51	Ausnahmen von der Andienungspflicht nach § 4 des Gesetzes zur Andienung von besonders überwachungsbedürftigen Abfällen zur Beseitigung vom 25. Juni 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 279) je Abfallart	100,—
	bis	5 000,—
2.2.52	Fahrkostenpauschale je Einsatz . .	40,—“.

4.9 Hinter Nummer 3.45 wird folgende Nummer 3.46 angefügt:

„3.46 Fahrkostenpauschale je Einsatz . . 40,—“.

4.10 In der Überschrift zu Abschnitt 4 wird hinter dem Wort „Fassung“ die Textstelle „und der auf Grund dieses Gesetzes ergangenen Verordnung über anerkannte Fachbetriebe und Zertifizierungsorganisationen auf dem Gebiet der Grundstücksentwässerung vom 5. August 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 399)“ angefügt.

4.11 In Nummer 4.6 wird der Gebührensatz „100,— bis 500,—“ durch den Gebührensatz „100,— bis 1 000,—“ ersetzt.

4.12 Hinter Nummer 4.8 wird folgende neue Nummer 4.9 eingefügt:

„4.9	Zulassung und Widerruf der Zulassung von Zertifizierungsorganisationen nach § 13 b Absatz 3 HmbAbwG in Verbindung mit § 18 der Verordnung über anerkannte Fachbetriebe und Zertifizierungsorganisationen auf dem Gebiet der Grundstücksentwässerung	10 000,—
	bis	20 000,—“.

Die bisherigen Nummern 4.9 bis 4.16 werden Nummern 4.10 bis 4.17.

4.13 Hinter der neuen Nummer 4.17 werden folgende Nummern 4.18 bis 4.19 angefügt:

„4.18 Amtshandlungen nach der Verordnung über anerkannte Fachbetriebe und Zertifizierungsorganisationen auf dem Gebiet der Grundstücksentwässerung

4.18.1	Gestattung zur Weiterführung des Zertifikats nach § 10 Absatz 2 oder 3	200,— bis 1 000,—
4.18.2	Verpflichtung zur Rückgabe des Zertifikats nach § 10 Absatz 3	200,— bis 2 000,—
4.18.3	Zustimmung zur Änderung der Regelungen nach § 11 Absatz 4 Satz 1	100,— bis 1 000,—
4.18.4	Verpflichtung zur Änderung der Regelungen nach § 11 Absatz 4 Satz 2 einschließlich Zustimmung nach Satz 1	500,— bis 3 000,—
4.18.5	Zustimmung zur Änderung des Erhebungsbogens nach § 14 Absatz 5 Satz 2	200,— bis 1 000,—
4.18.6	Verpflichtung zur Änderung des Erhebungsbogens nach § 14 Absatz 5 Satz 3 einschließlich Zustimmung nach Satz 2	200,— bis 2 000,—
4.18.7	Verpflichtung zum Entzug des Zertifikats nach § 10 Absatz 1 Nummer 2	200,— bis 2 000,—
4.18.8	Zustimmung zur Änderung des Überwachungsvertrages bzw. Überwachungsverfahrens nach § 16 Absatz 2	500,— bis 3 000,—
4.18.9	Zustimmung zur Änderung des Überwachungsbogens nach § 16 Absatz 3 Satz 2	200,— bis 1 000,—
4.18.10	Verpflichtung zur Änderung des Überwachungsbogens nach § 16 Absatz 3 Satz 3 einschließlich Zustimmung nach Satz 2	200,— bis 2 000,—
4.18.11	Anerkennung einer Schulung nach § 17 Absatz 1, die nicht von der Zertifizierungsorganisation durchgeführt wird	500,— bis 3 000,—
4.18.12	Zustimmung zur Änderung des Schulungsplanes nach § 17 Absatz 2 Satz 2	200,— bis 1 000,—
4.18.13	Verpflichtung zur Änderung des Schulungsplanes nach § 17 Absatz 2 Satz 3 einschließlich Zustimmung nach Satz 2	200,— bis 2 000,—
4.19	Fahrkostenpauschale je Einsatz	40,—“.

4.14 Die Überschrift zu Abschnitt 7 erhält folgende Fassung:

„Abschnitt 7

Naturschutzrechtliche Angelegenheiten nach der Verordnung (EG) Nummer 338/97 des Rates vom 9. Dezember 1996 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1997 Nummer L 61 Seite 1) mit der Änderung vom 26. Mai 1997 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nummer L 140 Seite 1), dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung vom 12. März 1987 (Bundesgesetzblatt I Seite 890), zuletzt geändert am 18. August 1997 (Bundesgesetzblatt I Seiten 2081, 2110), dem Hamburgischen Naturschutzgesetz (HmbNatSchG) vom 2. Juli 1981 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167), zuletzt geändert am 11. Juni 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 205, 213), sowie den danach erlassenen Rechtsverordnungen und dem Gesetz über den Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer vom 9. April 1990 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 63, 64) in ihren jeweils geltenden Fassungen“.

4.15 Die Nummer 7.1 erhält folgende Fassung:

„7.1	Ausstellen von Bescheinigungen nach der Verordnung (EG) Nummer 338/97 des Rates	
7.1.1	Bescheinigungen nach Artikel 10 in Verbindung mit Artikel 8 Absätze 3 und 5	
	bei einem Warenwert bis 30,— DM	5,—
	bei einem Warenwert ab 30,— DM	11,— bis 550,—
7.1.2	Bescheinigungen nach Artikel 10 in Verbindung mit Artikel 9 Absatz 2	
	bei einem Warenwert bis 30,— DM	5,—
	bei einem Warenwert ab 30,— DM	11,— bis 550,—
7.1.3	Das Ausstellen von Bescheinigungen nach Artikel 10 in Verbindung mit Artikel 8 Absätze 3 und 5 oder Artikel 9 Absatz 2 für den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V. ist gebührenfrei“.	

4.16 In den nachstehend genannten Nummern treten an die Stelle der bisherigen Gebührensätze die folgenden neuen Gebührensätze:

Nummer 7.2	11,— bis 550,—
Nummer 7.3	80,— bis 275,—
Nummer 7.4	80,— bis 275,—
Nummer 7.5	55,— bis 330,—

Nummer 7.6 ..... 45,—
bis 110,—

Nummer 7.7 ..... 45,—
bis 900,—

Nummer 7.8 ..... 45,—
bis 275,—

Nummer 7.9 ..... 55,—
bis 225,—

5. Die Anlage 2 wird wie folgt geändert:

5.1 In den nachstehend genannten Nummern treten an die Stelle der bisherigen Gebührensätze die folgenden neuen Gebührensätze:

Nummer 2.1.1
erster Gebührensatz 0,60
zweiter Gebührensatz ..... 120,—

Nummer 2.1.2 ..... 64,—

Nummer 2.2.1
erster Gebührensatz 5,10
zweiter Gebührensatz ..... 75,—

Nummer 2.2.2.1
erster Gebührensatz 1,26
zweiter Gebührensatz ..... 120,—

Nummer 2.2.2.2
erster Gebührensatz 0,60
zweiter Gebührensatz ..... 120,—

Nummer 2.2.2.3.1 ..... 120,—

Nummer 2.2.2.3.2 ..... 64,—

Nummer 2.2.2.3.3 ..... 75,—

5.2 Die Nummer 2.4.4 wird aufgehoben.

Die bisherige Nummer 2.4.5 wird Nummer 2.4.4.

5.3 Die Nummern 2.10 und 2.11.1.1 erhalten jeweils folgende Fassung:

„2.10 Baugerüste, Arbeitsbühnen und sonstige nicht schwimmende Baustelleneinrichtungen, die das Gewässerflurstück, den Deichgrund oder den Luftraum darüber in Anspruch nehmen,
je Quadratmeter und angefangener Woche ..... 1,—
Mindestgebühr ..... 100,—

2.11.1.1 für schwimmende Baustelleneinrichtungen (z. B. Pontons, Flöße, schwimmende Geräte)
je Quadratmeter und angefangener Woche ..... 1,—
Mindestgebühr ..... 100,—“.

5.4 Hinter Nummer 3.1 wird folgende Nummer 3.2 angefügt:

„3.2 Bereitstellung oder Aufbereitung von Unterlagen und Daten

3.2.1 Datensammlungen oder Karten in analoger Form (zum Beispiel Ausdrucke oder Plots) ..... 25,—
bis 500,—

3.2.2 Datensammlungen oder Karten in digitaler Form (zum Beispiel auf Diskette oder CD-Rom) ..... 200,—
bis 5 000,—

3.2.3 Mehraufwand für erforderliche gesonderte Arbeiten (zum Beispiel Datennachbearbeitung) .... nach Zeitaufwand“.

6. Die Anlage 3 erhält folgende Fassung:

„Anlage 3

Benutzungsgebühren für Umweltuntersuchungen

Nummer	Gebührentatbestand	Gebührensatz in DM
1	**Vorbereitende Arbeiten und Probenahmen**	
1.01.1	Vor-Ort-Einsatz (Ortsbesichtigung, Probenahmebegleitung und dergleichen zuzüglich Wegezeit bis zu einer Stunde)	nach Zeitaufwand
1.02.1	Fahrkostenpauschale je Einsatz	40,—
1.03	Entnahme von Luft-, Staub-, Wasser-, Sediment-, Schlamm-, Abfall- und Bodenproben je Probe (Meßstelle)	
1.03.1	– Kategorie I (einfach)	20,—
1.03.2	– Kategorie II (mittel)	34,—
1.03.3	– Kategorie III (schwer)	56,—
1.03.4	Entnahme zusätzlicher Bodenproben während der Probenahmebegleitung je Probe	3,—
1.03.5	Schwebstaubprobenahme nach VDI 2463 (einschließlich Staubkonzentrationsbestimmung) je Probe	170,—
1.03.6	Entnahme von Trink- und Brauchwasserproben einschließlich Fahrkosten je angefangene halbe Stunde.	39,50
1.03.7	Außenluftprobenahme mit erhöhtem Aufwand und Probenahme für Emissionsuntersuchungen	nach Zeitaufwand
1.04.1	Probenkonservierung	2,—
1.05.1	Bestimmung von Sichttiefe und Temperatur je	5,—
1.06	Organoleptische Beurteilung	
1.06.1	Geruch, Färbung, Trübung, Bodensatz von Wasserproben je	3,—
1.06.2	Geruch, Färbung, Bodenart, Beimengungen bei Bodenproben je	5,—
1.07.1	Qualitativer Nachweis (Schnelltest) ...	17,—

Nummer	Gebührentatbestand	Gebührensatz in DM
2	**Probenvorbereitung**	
2.01.1	Trocknen, Zerkleinern, Mahlen, Homogenisieren einer Probe	22,—
2.02.1	Korngrößenbestimmung (Siebanalyse) je Sieb	27,—
2.03.1	Trennung mittels Zentrifuge	39,—
2.04.1	Ausgasen von flüssigen Proben	11,—
2.05.1	Extraktion nach Soxhlet oder ASE	55,—
2.06	säulenchromatographische clean-up-Schritte	
2.06.1	leicht	17,—
2.06.2	aufwendig	49,—
2.07.1	Ausschütteln oder Destillation	55,—
2.08.1	Filtration von Wasserproben	5,—
2.08.2	Eindampfen großer Wasserproben (10 bis 50 Liter)	77,—
2.08.3	Fällungsreaktionen je	77,—
2.09	Aufschlüsse von Feststoffproben	
2.09.1	in der Siedehitze mit wäßrigen Eluaten (Säuren, Laugen, Komplexbildnern)	52,—
2.09.2	mit wäßrigen Medien bei Raumtemperatur – einfach (batch-Verfahren)	30,—
2.09.3	mit wäßrigen Medien bei Raumtemperatur – schwierig (pH-statisch, Perkolationsverfahren)	83,—
3	**Einfache quantitative Bestimmungen und Bestimmung von Summenparametern**	
3.01.1	Glühverlust	18,—
3.02.1	pH-Wert, Leitfähigkeit je	22,—
3.03.1	absetzbare Stoffe, volumetrisch	22,—
3.04.1	abfiltrierbare Stoffe	39,—
3.05.1	Trockenrückstand von Feststoffproben	39,—
3.06.1	Abdampfrückstand	30,—
3.07.1	Staubniederschlag nach VDI 2119	30,—
3.08.1	Staubkonzentration in Emissionen nach VDI 2066	80,—
3.09.1	Sauerstoffgehalt	36,—
3.10.1	Carbonat- oder Gesamthärte	30,—
3.11.1	Fäulnisfähigkeit, Methylenblauprobe	23,—
3.12.1	Oxidierbarkeit (KMNO4-Verbrauch) nach DIN 38409 H 5	39,—
3.12.2	chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) nach DIN 38409 H 41	69,—
3.13.1	biochemischer Sauerstoffbedarf (BSB) nach DIN 38409 H 51	196,—
3.13.2	Sauerstoffzehrung zwei beziehungsweise fünf Tage nach DIN 38409 H 52	68,—
3.13.3	BSB-Verlauf im Sapromat	139,—
3.13.4	Sauerstoffzehrung von Wasserproben nach 7, 14 oder 21 Tagen	40,—
3.14.1	TOC nach DIN 38409 H3	76,—
3.15.1	DOC nach DIN 38409 H3	83,—
3.16	Kohlenwasserstoffbestimmungen	
3.16.1	in Emissionsproben nach VDI 3481, Blatt 2	198,—
3.16.2	nach DIN 38409 H 18	144,—
3.16.3	gaschromatographisch, GC/FID	200,—
3.16.4	Summe Benzin-KW, gaschromatographisch	110,—
3.16.5	Siedebereichsbestimmung, gaschromatographisch	150,—
3.17.1	Huminsäuren	128,—
3.18.1	Lipophile Stoffe (Organischer Extrakt) nach DIN 38409 H 17	76,—
3.18.2	IR-Spektrum des Extraktes	22,—
3.18.3	DC-Schnelltest auf PAK aus dem Extrakt	45,—
3.19	Phenolindex nach DIN 38409 H 16	
3.19.1	leicht	76,—
3.19.2	aufwendig	110,—
3.20.1	Organohalogenverbindungen (AOX, POX, EOX, OX)	154,—
3.21.1	Chlor nach DIN 38408 G4	27,—
3.22.1	Reduktionsvermögen	27,—
3.23.1	MBAS nach DIN 38409 H23-2.1	88,—
3.24.1	kationische Tenside	88,—
3.25.1	BiAS nach DIN 38409 H23-2.2	144,—
3.25.2	organisch gebundener Stickstoff oder Kjeldahl-N	72,—
3.25.3	Gesamt-N und Gesamt-P nach Koroleff je	63,—
3.26.1	Schwefeldioxid nach VDI 2462 Blatt 8	99,—
3.27.1	HCl nach VDI 3480 Blatt 1	79,—
3.28.1	Stickoxid nach VDI 2456 Blatt 1	253,—
3.29.1	Schwefelwasserstoff nach VDI 2454 Blatt 2	120,—
3.30.1	Schwefel in Heizöl	231,—
3.31.1	Formaldehyd nach VDI 3484 Blatt 1 einschließlich Probenahme	220,—

Nummer	Gebührentatbestand	Gebührensatz in DM
3.32.1	Ammonium, Nitrit, Nitrat oder o-Phosphat mit photometr. Verfahren (Autoanalyzer) je	31,—
3.33.1	Ammoniak nach VDI 3496 Blatt 1	132,—
3.34.1	Anionen mit Ionenchromatographie nach DIN 38405 D19 je	49,—
3.35	Fluorid	
3.35.1	nach DIN 38405 D4 oder nach VDI 2470 Blatt 1, leicht	36,—
3.35.2	nach DIN 38405 D4 oder nach VDI 2470 Blatt 1, aufwendig	88,—
3.36.1	Chlorid, titrimetrisch, nach DIN 38405 D1	27,—
3.37.1	Sulfat, DIN 38405 D5	49,—
3.38.1	Sulfit, DEV D6-2	61,—
3.39.1	Sulfid, DEV D7-b	66,—
3.40	Cyanid nach DIN 38405 D 13	
3.40.1	Gesamtgehalt	88,—
3.40.2	leicht freisetzbarer Anteil	110,—
3.41.1	sonstige titrimetrische Bestimmungen	49,—
3.42.1	Silikat, photometrisch	49,—
3.43.1	Elementarer Kohlenstoff und Gesamtkohlenstoff (Rußbestimmung) gemäß dem coulometrischen Referenzverfahren	250,—
4	**Elementbestimmungen**	
4.01	Atomabsorptionsspektrometrische Bestimmungen	
4.01.1	mit Hydrid-/Kaltdampfmethode je Element	66,—
4.01.2	mit Graphitrohrmethode je Element	54,—
4.01.3	mit Graphitrohr- und Standardadditionsmethode je Element	80,—
4.02.1	Spektroskopische Elementbestimmungen mit ICP-AES nach DIN 38406 E22 oder AAS/Flammenmethode je Element	46,—
4.02.2	Elementübersicht mit simultaner ICP-AES (25 Elemente)	220,—
4.03.1	Bestimmung von Kationen oder Anionen durch photometrische Verfahren je	32,—
4.04.1	Atommassenspektrometrische Bestimmungen mit ICP-MS (maximal 5 Elemente)	200,—
4.04.2	jedes weitere Element	20,—
4.04.3	Atommassenspektrometrische Bestimmungen mit ICP-MS mit erhöhtem Aufwand je Element	56,—
5	**Spezielle organische Einzelstoffbestimmungen**	
5.01	leichtflüchtige aromatische Kohlenwasserstoffe (zum Beispiel BTEX, 5 Komponenten) mit Headspace, Thermodesorption oder Desorption mit Lösungsmittel (zum Beispiel VDI 3482, Blatt 5)	
5.01.1	leicht	110,—
5.01.2	aufwendig	200,—
5.01.3	jede weitere Komponente	11,— bis 21,—
5.02	chlorierte Lösemittelkomponenten (maximal 6 Komponenten) mit Headspace oder Extraktion	
5.02.1	leicht	110,—
5.02.2	aufwendig	220,—
5.02.3	jede weitere Komponente	16,— bis 20,—
5.03	PCB	
5.03.1	nach DIN 51527 (6 Kongenere)	200,—
5.03.2	nach DIN 51527 (6 Kongenere) mit aufwendiger Absicherung	275,—
5.03.3	dioxinähnliche PCB	3 800,—
5.03.4	PCB 77, 126, 169	2 400,—
5.04	PCDD/PCDF (PBDD/PBDF)	
5.04.1	isomerenspezifisch	3 800,—
5.04.2	2,3,7,8-substituierte	2 400,—
5.04.3	jede weitere Komponente	120,—
5.05	PAK	
5.05.1	nach TVO	150,—
5.05.2	nach EPA	200,—
5.05.3	jedes weitere PAK	15,—
5.06	Sonstige Einzelstoffe (GC, HPLC, verschiedene Kopplungen)	
5.06.1	je Stoffgruppe, geringer Aufwand	220,—
5.06.2	je Stoffgruppe, mittlerer Aufwand	330,—
5.06.3	je Stoffgruppe, hoher Aufwand	440,—
5.06.4	in Emissionen (zum Beispiel VDI 3482, Blatt 4)	nach Zeitaufwand
5.06.5	mit Methodenentwicklung	nach Zeitaufwand
5.06.6	GC/MS-Screening, niedriger Aufwand	150,—
5.06.7	GC/MS-Screening, hoher Aufwand	250,—

Nummer	Gebührentatbestand	Gebührensatz in DM
5.06.8	AED-Screening	450,—
6	**Radioaktivitätsbestimmungen**	
6.01.1	Messung der Gesamt-Alpha und -Beta Aktivität je	165,—
6.02.1	alpha-spektrometrische Bestimmung nach radiochemischer Präparation von Pu, U, Am, Ra oder anderen alpha-Strahlern je	1 600,—
6.03.1	gamma-spektrometrische Untersuchung auf ein Nuklid	210,—
6.03.2	je weiterem Nuklid	32,—
6.04.1	Flüssigkeitsszintillationsspektrometrische Bestimmung (C 14, H 3)	275,—
6.05.1	radiochemische Bestimmung von Strontiumisotopen	260,— bis 610,—
6.06.1	In-situ-gammaspektrometrische Untersuchung je Position	950,—
7	**Biologische Untersuchungen**	
	Toxikologische Untersuchungen	
7.01	Fischversuch nach DIN 38412 L15/ L20/38409 L31	
7.01.1	erster Ansatz	52,—
7.01.2	jede weitere Verdünnung	31,—
7.02	Daphnientest nach DIN 38412 L11/ 38409 L30	
7.02.1	erster Ansatz	66,—
7.02.2	jede weitere Verdünnung	34,—
7.03	Hydroidentest	
7.03.1	erster Ansatz	66,—
7.03.2	jede weitere Verdünnung	34,—
7.04	Leuchtbakterientest nach DIN 38412 Teil 34 und 341	
7.04.1	erster Ansatz	78,—
7.04.2	jede weitere Verdünnung	39,—
7.04.3	für die Vorbereitung von Bodenproben zusätzlich	71,—
7.05	Algentest nach DIN 38412 L9 / 38409 L32	
7.05.1	erster Ansatz	110,—
7.05.2	jede weitere Verdünnung	66,—
	Gewässergüteuntersuchungen	
7.06	Planktonuntersuchung einer Wasserprobe	
7.06.1	– Kategorie I (Frischprobe, qualitativ)	176,—
7.06.2	– Kategorie II (Frischprobe und fixierte Probe, qualitativ)	220,—
7.06.3	– Kategorie III (Kategorie II einschließlich quantitativer Auswertung)	265,—
7.07.1	Bestimmung von Chlorophyll und Phaeopigmenten	90,—
	Bakteriologische Untersuchungen	
7.08.1	Gesamtkeimzahlbestimmung	40,—
7.08.2	für die Vorbereitung von Bodenproben bei aerober Versuchsdurchführung zusätzlich	61,—
7.08.3	für die Vorbereitung von Bodenproben bei anaerober Versuchsdurchführung zusätzlich	118,—
7.09.1	Bestimmung von E.coli und coliformen Keimen	35,—
7.10.1	Direktnachweis von E.coli	38,—
7.11.1	Salmonellennachweis	42,—
7.12.1	Nachweis von Fäkalstreptokokken	40,—
7.13	Atmungsmessungen (CO_2-Produktion)	
7.13.1	Probenvorbereitung	50,—
7.13.2	Testdurchführung und Auswertung	73,—
7.13.3	bei Messungen der Probe zusätzlich im Nährstoffoptimum zusätzlich	73,—
7.14	enzymatische Aktivitätsbestimmungen	
7.14.1	Probenvorbereitung	71,—
7.14.2	Testdurchführung und Auswertung	109,—
7.15.1	Untersuchung auf Legionella pneumophila	29,—
	Untersuchungen zur Gentechniküberwachung (Der Mindestbetrag bezieht sich auf 10 gleichartige sowie der Höchstbetrag auf eine Probe.)	
7.16	Mikrobiologische Untersuchungen	
7.16.1	Keimzahlbestimmung	73,— bis 145,—
7.16.2	Gramfärbung	33,— bis 86,—
7.16.3	Antibiogramm	55,— bis 126,—
7.16.4	UV-Sensibilitäts-Test	50,— bis 120,—
7.16.5	Identifizierung von Bakterien	75,— bis 200,—
7.17	Molekularbiologische Untersuchungen	
7.17.1	Restriktionsanalyse eines Plasmids mit 3 Enzymen	60,— bis 230,—
7.17.2	PCR-Nachweis aus Bakterien	44,— bis 195,—

Nummer	Gebührentatbestand	Gebührensatz in DM
7.17.3	PCR-Nachweis aus Pflanzen	62,— bis 300,—
7.17.4	Sequenzierung von PCR-Fragmenten oder Plasmid-DNS	140,— bis 270,—
7.17.5	Hybridisierung	400,— bis 800,—
7.18.1	weitere gentechnische Untersuchungen	nach Material und Zeitaufwand
8	**Pauschalgebühren**	
8.01	Untersuchung eines Trink- oder Brauchwassers	
8.01.1	mikrobiologische Untersuchung nach der Trinkwasserverordnung (Koloniezahl, Escherichia coli und coliforme Keime)	66,—
8.01.2	mikrobiologische Untersuchung von Trink- und Brauchwasser einschließlich weiterer pathogener Keime (höchstens 6 Einzelbestimmungen)	86,—
8.01.3	Untersuchung nach Anlage 2 der Trinkwasserverordnung (ohne PSM)	680,—
8.01.4	Untersuchung auf Hauptinhaltsstoffe nach Anlage 4 der Trinkwasserverordnung	269,—
8.02	Bäderuntersuchungen	
8.02.1	mikrobiologische Untersuchung (einschließlich Fäkalstreptokokken) nach Teil A Nummern 1 bis 3 der Verordnung über Badegewässer vom 15. Mai 1990 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 91)	99,—
8.02.2	mikrobiologische (einschließlich Fäkalstreptokokken), physikalische und chemische Untersuchung nach Teil A Nummern 1 bis 8 der Anlage der Verordnung über Badegewässer	132,—
8.02.3	bakteriologische Untersuchung nach DIN 19643/44	83,—
8.02.4	chemische Untersuchung nach DIN 19643/44	198,—
8.03	Entnahme von Abwasserproben	
8.03.1	bei Indirekteinleitern	70,—
8.03.2	bei Direkteinleitern als Stichprobe	70,—
8.03.3	bei Direkteinleitern als 2-Stunden-Mischprobe	337,—
9	**Sonstiges**	
9.01.1	Einrichtung von Emissionsmeßstellen/-plätzen bei Anlagebetreibern	nach Zeitaufwand
9.02.1	Überprüfung/Kalibrierung kontinuierlich registrierender Emissionsmeßeinrichtungen	nach Zeitaufwand
9.03	Kalibrierung automatischer Immissionsmeßgeräte	
9.03.1	– Kategorie I (einfach)	150,—
9.03.2	– Kategorie II (schwer)	nach Zeitaufwand
9.04.1	Bestimmung von Emissionskonzentrationen mit kontinuierlich registrierenden Geräten vor Ort	nach Zeitaufwand
9.05.1	Bestimmung gasförmiger Verunreinigungen der Luft mit Dräger-Prüfröhrchen einschließlich Probenahme je Probe	40,—
9.06.1	Stichprobenmessungen von gasförmigen Luftverunreinigungen (bis zu fünf Meßobjekten) mit einem mobilen Meßsystem je angefangene Stunde	144,—
9.07.1	Raumklimatische Untersuchungen einschließlich experimenteller Untersuchungen je angefangene Stunde	82,—
9.08	Bestimmung von Lautstärkewerten	
9.08.1	frequenzunabhängig je angefangene Stunde	82,—
9.08.2	frequenzabhängig je angefangene Stunde	126,—
9.09.1	gutachterliche Stellungnahmen, Bewertungen, Untersuchungsberichte	nach Zeitaufwand
9.10.1	Teilnahme an einem Ringversuch	400,—
9.10.2	zusätzlich je Probe	50,— bis 200,—
9.10.3	zusätzlich je Parameter pro Probe	15,—
9.11.1	sonstige Analysen und Untersuchungen	50,— bis 1 000,—“.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1998 in Kraft.

(2) Gebührenrechtsverhältnisse, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits entstanden sind, werden nach bisherigem Recht abgewickelt. Entstehen aus einem solchen Gebührenrechtsverhältnis wiederkehrende Gebührenschulden, so ist auf nach Inkrafttreten dieser Verordnung entstehende Gebührenschulden das neue Recht anzuwenden.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 2. Dezember 1997.

Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg.
Druck, Verlag und Ausgabestelle Lütcke & Wulff, Heidenkampsweg 76B, 20097 Hamburg, — Telefon: 23 51 29-0 — Telefax: 23 27 86.
Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 132,– DM. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,45 DM (Preise einschließlich 7% Mehrwertsteuer). — Beim Postbezug wird der Teil I des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes im Bedarfsfall dem Amtlichen Anzeiger als Nebenblatt im Sinne von § 8 der Postzeitungsordnung beigefügt.

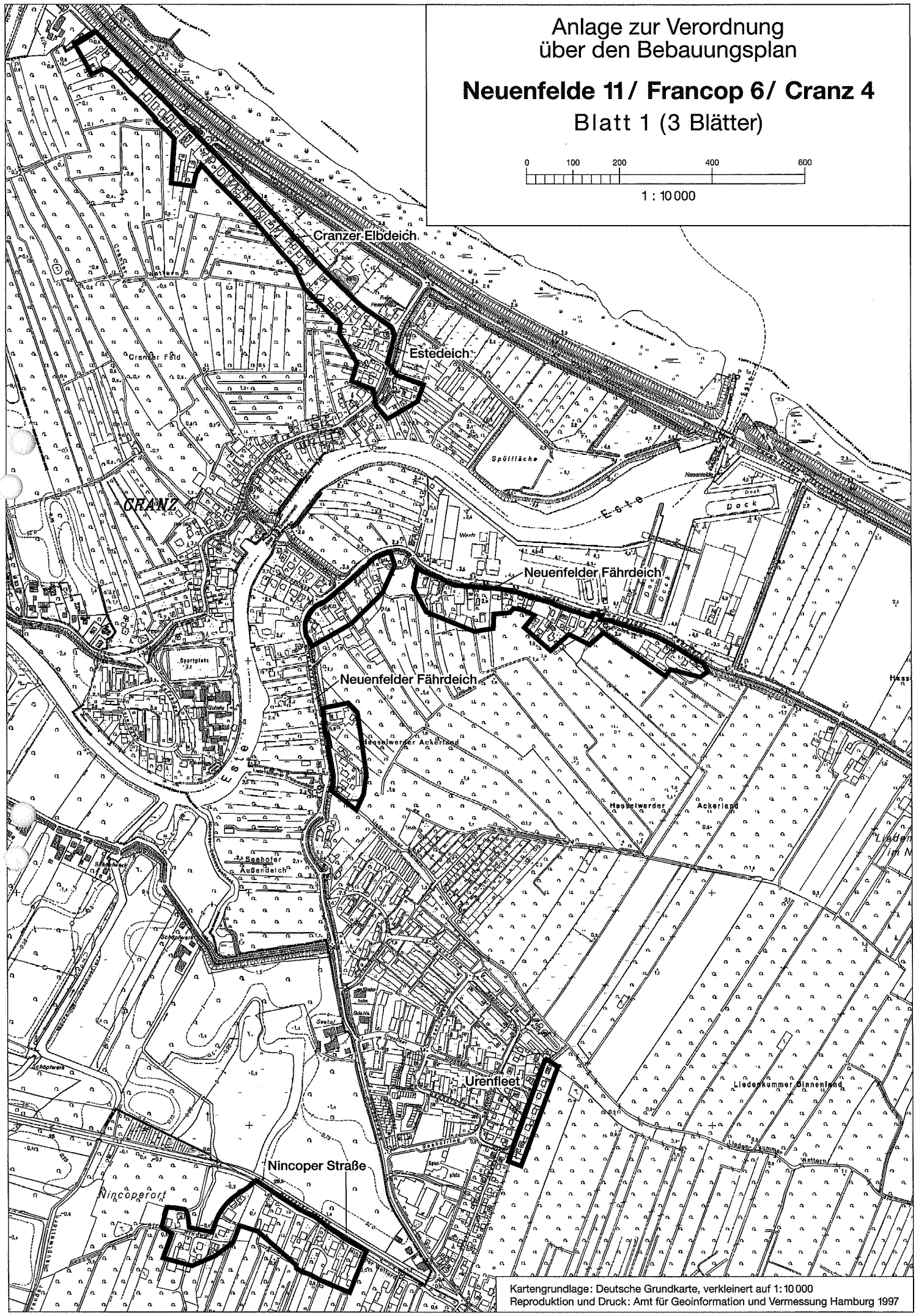
Anlage zur Verordnung
über den Bebauungsplan

Neuenfelde 11 / Francop 6 / Cranz 4

Blatt 1 (3 Blätter)

0 100 200 400 600

1 : 10 000



Kartengrundlage: Deutsche Grundkarte, verkleinert auf 1:10 000
Reproduktion und Druck: Amt für Geoinformation und Vermessung Hamburg 1997

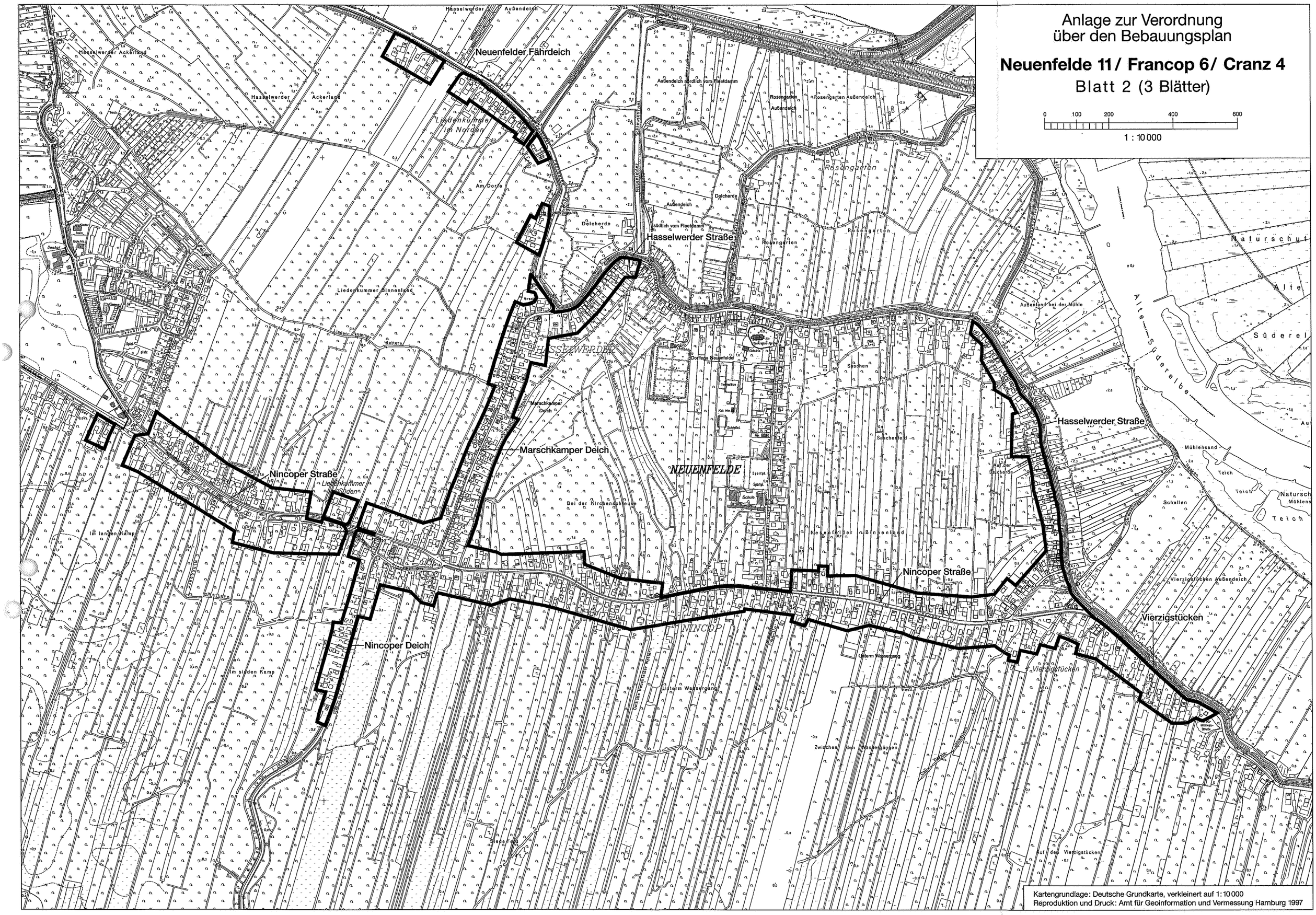
Anlage zur Verordnung
über den Bebauungsplan

Neuenfelde 11 / Francop 6 / Cranz 4

Blatt 2 (3 Blätter)

0 100 200 400 600

1 : 10 000



Kartengrundlage: Deutsche Grundkarte, verkleinert auf 1:10 000
Reproduktion und Druck: Amt für Geoinformation und Vermessung Hamburg 1997

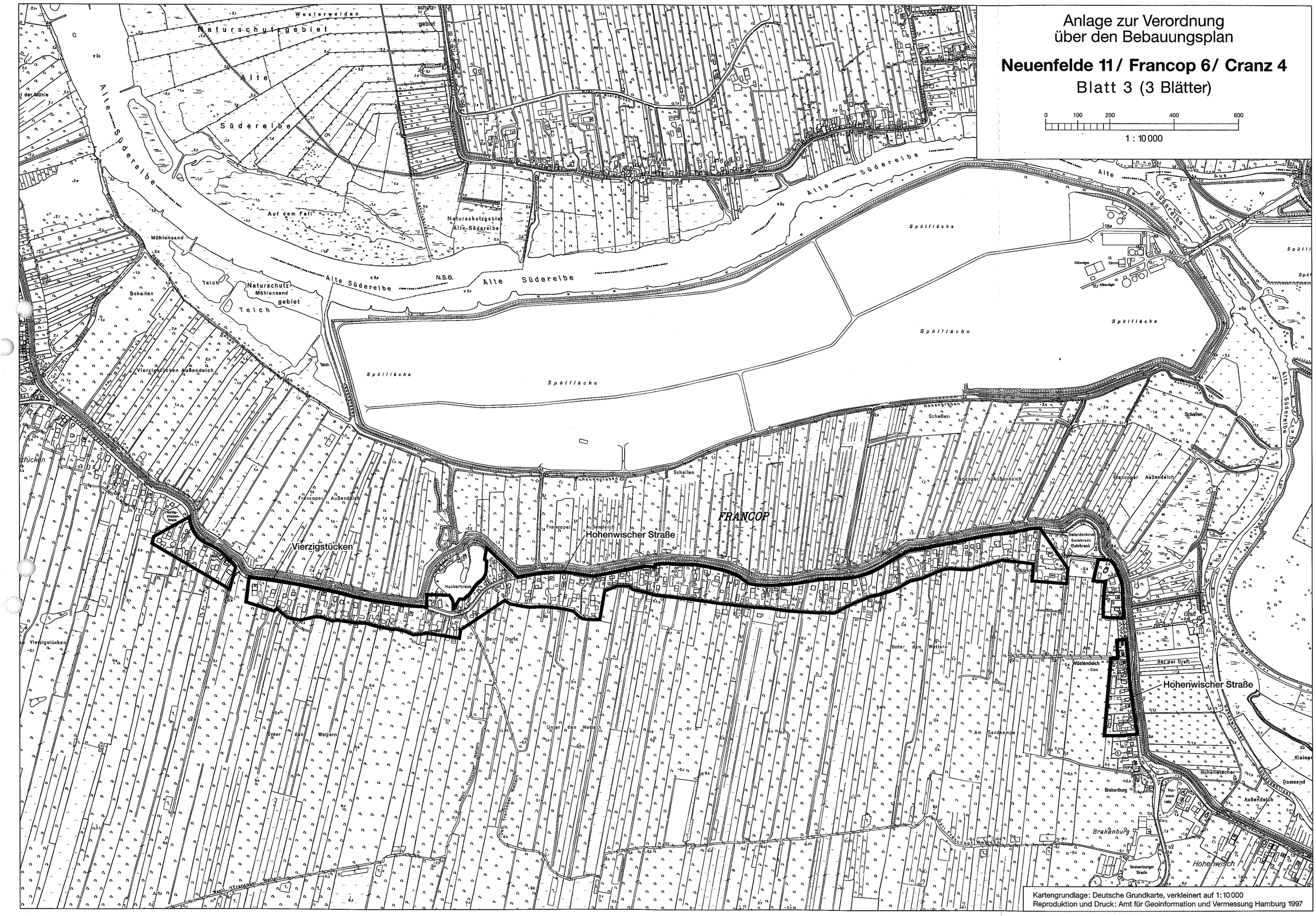
Anlage zur Verordnung
über den Bebauungsplan

Neuenfelde 11 / Francop 6 / Cranz 4

Blatt 3 (3 Blätter)

0 100 200 400 600

1 : 10 000



Kartengrundlage: Deutsche Grundkarte, verkleinert auf 1:10 000
Reproduktion und Druck: Amt für Geoinformation und Vermessung Hamburg 1997